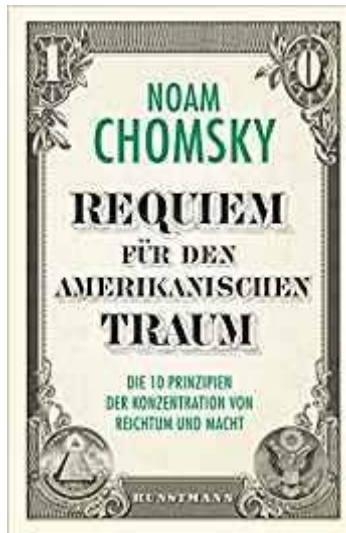
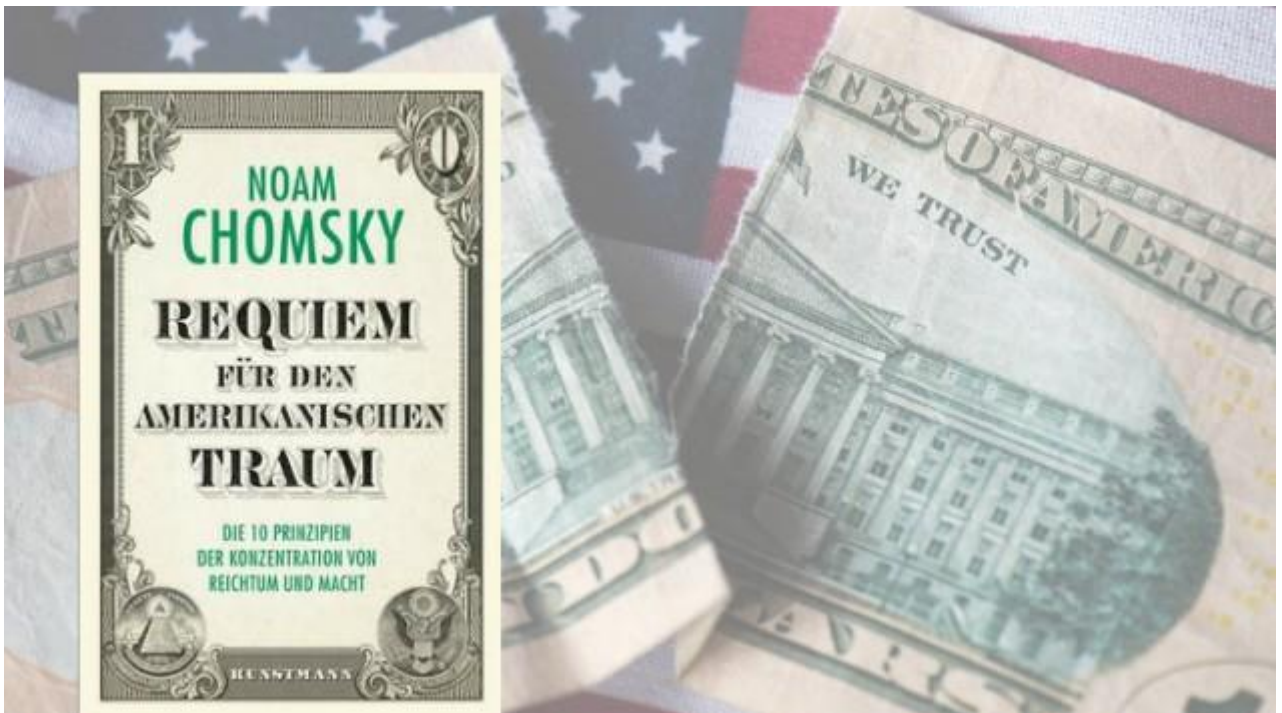


„Politik konzentriert sich immer mehr auf die privaten Interessen derjenigen die die Kampagnen finanzieren, während die Öffentlichkeit an den Rand gedrängt wird.“

Noam Chomsky



https://www.youtube.com/watch?v=ribJm07vw_A



Cover von "Requiem für den amerikanischen Traum", dahinter ein zerrissener US-Dollar und eine Flagge. (Kunstmann Verlag / dpa / Arno Burgi)

Beitrag vom 23.09.2017

Noam Chomsky: "Requiem für den amerikanischen Traum" Die Amerikaner haben ausgeträumt

Von Martin Tschechne

Es ist das Buch zum gleichnamigen Film: "Requiem für den amerikanischen Traum". Der US-Sprachwissenschaftler und Kapitalismuskritiker Noam Chomsky formuliert seine Thesen knapp und pointiert - auch im Buch. Die Argumentation ist klar gegliedert und zu prägnanten Statements zusammengefasst.

Ausgeträumt! So das Fazit des US-Sprachwissenschaftlers und Kapitalismuskritikers Noam Chomsky über die Mär des "American Dream". Er attestiert den USA eine Politik der systematischen Entmündigung und Enteignung, die es versteht, den Eliten ihre Privilegien auszubauen. Und dafür nicht weniger, als bereit ist, das Wohlergehen der Welt zu opfern.

Jeder Film aus der Traumfabrik von Hollywood erzählt dieselbe Geschichte; jeder Angestellte in seinem Großraumbüro ist darin gefangen wie in einer Endlosschleife: Du kannst es schaffen. Wer sich anstrengt, der wird es zu etwas bringen. Zu einem Haus, einem Auto, einer soliden Ausbildung für die Kinder, einem guten und sinnvollen Leben.

Verkommen zu einem leeren Mythos

Es ist das Mantra des amerikanischen Traums. Aber, so Noam Chomsky: Dieser Traum hat sich ausgeträumt. Er ist verkommen zu einem leeren Mythos. Und schlimmer noch: Er hat sich korrumpieren lassen zu einer Formel, mit der eine immer kleinere, immer mächtigere und reichere Elite ihre Privilegien ausbaut und sichert und weiter ausbaut und die Welt dabei sehenden Auges vor die Wand fährt. Auf Risiko und auf Kosten derer, die immer noch in der Illusionsschleife ihre Bahnen ziehen und sich weigern, eine Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen, die sich vielleicht leise, aber Dank schneller Entschlossenheit in wenigen Jahren und Jahrzehnten in das Gegenteil dessen verkehrt hat, was der Traum von Freiheit und Demokratie einst versprochen hat.

So gesehen, ist der weit über die Grenzen seines Faches hinaus bekannte Sprachwissenschaftler vom Massachusetts Institute of Technology ein echter Aufklärer. 88 Jahre alt – vielleicht der letzte seiner Art.

"What's happened is: We've created two huge threats to survival. We have systematically – not you and me, but the leadership has systematically created socioeconomic policies which have as a consequence, almost immediate consequence the undermining of functioning democracy as the one one thing that might deal with the disasters. Like I said: It's kind of perfect storm. Real credit to the human species to have contrived something like this!"

Was bisher geschah, so fasst Chomsky den Stand der Dinge wie in einem Drehbuch zusammen, ist dies: Wir haben durch unser rücksichtsloses Streben nach Macht zwei fundamentale Bedrohungen aufkommen lassen und dafür die Demokratie geopfert. Und dann, in bitterem Spott: was für eine großartige Leistung des menschlichen Verstandes!

Die Mechanik dieses Zusammenspiels, die Logik von hemmungslosem Machtstreben auf der einen und immer schnellerem, immer radikalerem Machtverlust auf der anderen Seite, die genau daraus erwachsende Zweifach-Bedrohung durch Klimakatastrophe und nukleare Katastrophe – siehe die Hurricanes, die vor dem Golf von Mexiko Schlange stehen, siehe der kaum noch steuerbar eskalierende Konflikt mit Nordkorea: Sie sind Gegenstand eines Films, in dem Noam Chomsky die Geschichte eines inzwischen rettungslos überhitzten Turbo-Kapitalismus zusammenfasst, die Interpunktion von Ursachen und Wirkungen mit dem Seziermesser des Linguisten analysiert und schließlich in kühler, illusionsloser Konsequenz feststellt, dass der einzige und letzte Ausweg aus einem Szenario der Katastrophen versperrt ist.

Schleichende Abschaffung der Demokratie

Versperrt, weil genau er auch den Einstieg in diesen Teufelskreis aus Macht der Wenigen und Entmachtung der Vielen erst möglich gemacht hat. Es ist: die schleichende Abschaffung der Demokratie.

"You cannot carry out the kinds of policies that have been developed in the last generation and have the population function democratically."

Es ist nicht möglich, sagt er also, die Umwelt erkennbar über jede Grenze hinaus zu belasten, Kriege und Konflikte in aller Welt im Interesse einer kleinen, globalen Elite zu schüren, ohne sich über die Rechte der Allgemeinheit hinwegzusetzen. Manchmal kann sich eben auch der nüchternste Wissenschaftler vor den Fakten nicht anders schützen als durch knappen Sarkasmus.

Das Buch "Requiem für den amerikanischen Traum" ist das Buch zum Film gleichen Namens, der 2015 auf Netflix zu sehen war. Es hat dem Film gegenüber den Vorteil, der Gegenwart noch ein Stück näher zu sein – was in Zeiten eines Präsidenten Donald Trump der Argumentation wertvolle neue Aspekte hinzufügt, Anschauungsmaterial liefert für die dort formulierten Thesen, manchmal auch nur noch weitere Bestätigung dessen, was Chomsky seit den Zeiten der Studentenbewegung von 1968 immer wieder festgestellt und in seinen Streitschriften angeprangert hat. Etwa, was die Qualität demokratischer Wahlen betrifft:

"US elections are pretty much bought. You can predict with remarkable precision electoral outcomes by looking at simple measures like campaign funding. There is very serious work on this."

Die Wahlen seien gekauft, stellt er fest. Und es lasse sich immer wieder eine sehr direkte Beziehung zwischen der finanziellen Förderung eines Kandidaten und seinem anschließenden Wahlerfolg konstatieren. Was daraus folgt, ganz selbstverständlich, ist die Dankbarkeit des Gewählten gegenüber seinen Förderern – wer weniger sentimental veranlagt ist, beispielsweise Noam Chomsky, der spricht eben von Abhängigkeit.

"Den Pöbel im Zaum halten"

Im Film formuliert Chomsky seine Thesen so knapp und pointiert, wie es für das Medium geboten ist. Im Buch bleibt er dabei: Die Argumentation ist klar gegliedert und zu prägnanten Statements zusammengefasst, unterbrochen durch Quellentexte von Aristoteles über Adam Smith und Henry Ford bis zu Malcolm X und Martin Luther King, dem früheren US-Notenbankchef Alan Greenspan und der Rating-Agentur Standard & Poor's – mit anderen Worten: ein Buch zum Mitnehmen und Dabeihaben, wenn eine Debatte durch Argumente unterfüttert werden soll.

Der Ton dabei ist immer wieder pointiert – das ist Chomskys Form von Humor im Angesicht politischen Niedergangs und drohender Zweifach-Katastrophe – bisweilen durchsetzt von bitterer Ironie. So auch, wenn er die zehn Prinzipien zur Konzentration von Macht formuliert, als handele es sich um eine Bastelanleitung für angehende Sonnenkönige und Autokraten, von "Demokratie einschränken" – Prinzip Nummer eins – über "Andere die Last tragen lassen", "Wahlen manipulieren", "Den Pöbel im Zaum halten" bis zu "Die Bevölkerung an den Rand drängen". Denn anders, so führt er aus, ließe sich eine Politik der systematischen Entmündigung und Enteignung nicht durchsetzen: Zerschlage jede Einheit und hetze die Leute gegeneinander auf, Einwanderer, Arme, Andersgläubige ...

"You can't get people to vote for things like this. So what you have to do is marginalize them in one way or another. Turn them against each other, turn their anger against vulnerable people... immigrants, the poor, you know, muslims, blacks, anybody."

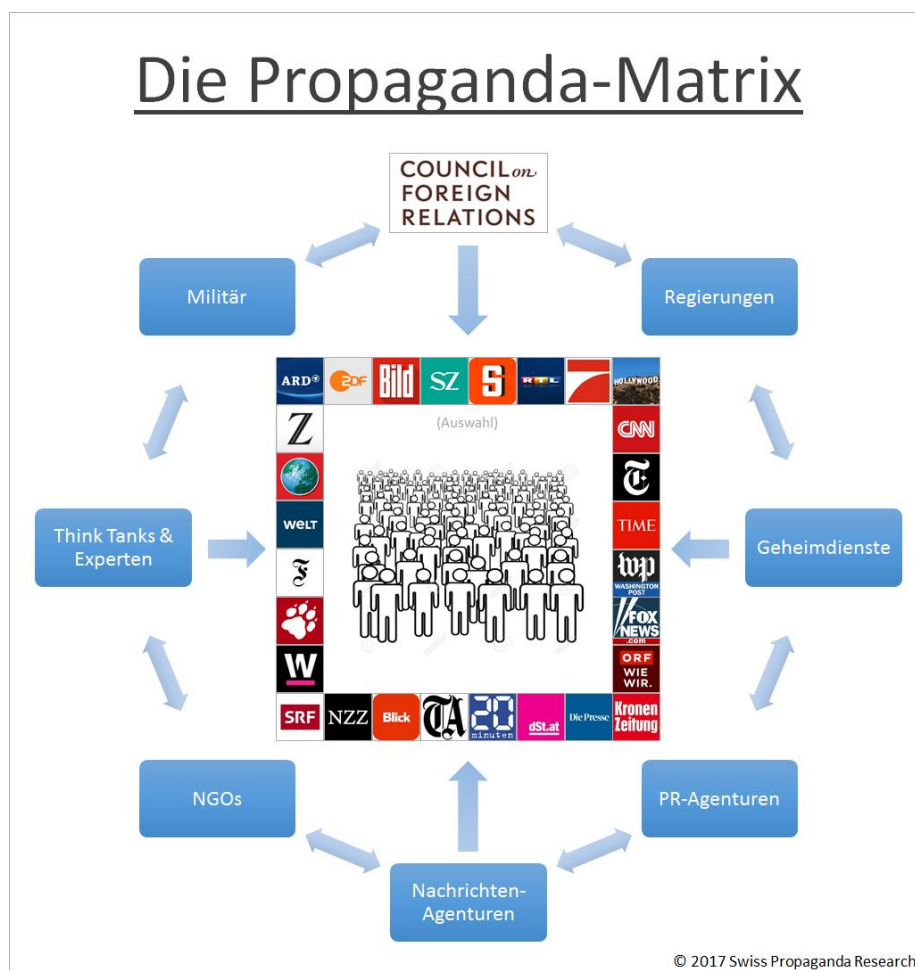
Ist das polemisch? Chomsky sieht sich dazu gezwungen. Ist es populistisch? Ja, ein bisschen – aber weitaus weniger schamlos, als es auf der anderen Seite geschieht. Und wie zu befürchten ist: auch weniger folgenschwer.

Egal ob man das herrschende System Kapitalismus, Marktwirtschaft oder Neoliberalismus nennt, Privateigentum an Produktionsmitteln ist mit Demokratie unvereinbar. Auch der Staatskapitalismus chinesischer oder russischer Prägung lässt Demokratie nicht zu.

Bei den sogenannten „repräsentativen Demokratien“ handelt es sich um Scheindemokratien deren Zweck die Umverteilung von unten nach oben, von Süd nach Nord, von öffentlich nach privat ist.

Die autoritäre Fratze des kapitalistischen Systems wird durch vielfältige Techniken und Strategien unsichtbar gemacht.

Ein aktueller Vortrag von Rainer Mausfeld klärt auf:



https://www.youtube.com/watch?time_continue=1&v=aK1eUnfcK4Q



NachDenkSeiten – Die kritische Website

Kriegsgefahr. „Die Trump-Revolution marschiert“

Albrecht Müller · Dienstag den 10. Oktober 2017

So der Handelsblatt Herausgeber Gabor Steingart in seinem heutigen „Morning Briefing“. Bei vielem, was dieser Publizist und Autor früher geschrieben hat und auch heute gelegentlich schreibt, kann man sich nur die Augen reiben. Was er heute aus Washington, offensichtlich nach vielen Gesprächen, in seiner Morgen-Botschaft abgesetzt hat, ist eindrucksvoll und zugleich beängstigend. Es geht um Krieg und Frieden. Wir haben uns deshalb erlaubt, seinen Text kommentierend zu übernehmen. Dies tun wir in der Annahme, dass er seine Botschaft möglichst weit verbreitet haben will. Albrecht Müller.

Dienstag, 10.10.2017

Guten Morgen Herr Müller,

Amerika erlebt einen politischen Hurrikan, dessen Zentrum sich zwischen State Department, Weißem Haus und Capitol Hill in ständiger Bewegung befindet und dessen Thermodynamik wir in Europa bald zu spüren bekommen. Es geht um Fragen zu Krieg und Frieden, auch wenn sie sich derzeit hinter einer Nebelwand von persönlichen Anschuldigungen zu verbergen scheinen.

Kaum hat Außenminister Rex Tillerson seinen Präsidenten in vertrauter Runde einen „Deppen“ genannt, meldet sich via Twitter der dem Außenminister eng verbundene Senator Bob Corker zu Wort, seines Zeichens oberster Republikaner im Auswärtigen Ausschuss des Senats. Es sei eine Schande, dass sich das Weiße Haus zu einem „adult day care enter“, einer Seniorentagesstätte, entwickelt habe.

Im Interview mit der „New York Times“ begründet der Mann seine harschen Worte so: „Ich weiß aus gesicherter Quelle, dass die Mitarbeiter im Weißen Haus an jedem einzelnen Tag alles geben, ihn einzudämmen.“ Ihn – den Präsidenten. Eindämmen – damit waren einst die Russen gemeint. Mit seinen unbeherrschten verbalen Angriffen auf andere Länder riskiere Trump, dass sich die Nation „auf den Weg in Richtung eines Dritten Weltkriegs begeben“.

Zum Hintergrund: Seit Wochen versucht Tillerson hinter den Kulissen eine diplomatische Offensive gegen Nordkorea zu starten, um den amerikanischen Erstschatz zu verhindern. Er kennt die euphorische Gereiztheit seines Chefs, der zum Gegenspieler geworden ist. In unzähligen Einzelgesprächen fordert, fast muss man sagen fleht, Tillerson die Staaten – auch die Bundesregierung – an, jegliche Geschäftsbeziehungen zu Nordkorea zu unterbrechen und die nordkoreanischen Botschafter nach Hause zu schicken. Trump aber sabotiert seinen eigenen Minister: „Spar dir deine Energie Rex, wir werden tun, was getan werden muss“, twitterte er vor einer Woche. Am Samstag legte er nach: „Sorry, but only one thing will work.“ Bei einem Treffen mit Militärs sprach er von der „Ruhe vor dem Sturm“. Auf Reporternachfragen verweigerte das Weiße Haus jede Erläuterung.

Zwischenbemerkung Albrecht Müller: Der Herausgeber des Handelsblatts macht offensichtlich ähnliche Beobachtungen wie jene, die RT Deutsch am 24. September

2017 beschrieben hat: „Schlafwandelnd in den Atomkrieg: Wie sich die USA auf den Erstschlag vorbereiten“

Weiter im Text des Herausgebers des Handelsblatts:

Hinzu kommt: Stephen Bannon, der rechte Trommler von Donald Trump, hat zwar das Weiße Haus verlassen, aber nicht das politische Theater. Er arbeitet jetzt hinter den Kulissen. „Darkness is good“, sagt er.

Zusammen mit Geldgebern wie Hedge-Fonds-Milliardär Robert Mercer sucht er politische Außenseiter vom militärischen rechten Rand, die bereit sind, gegen das republikanische Establishment für den Senat zu kandidieren.

Derart ermuntert erwägt der Gründer der privaten Söldnerarmee Blackwater, Erik Prince, dessen Truppen im Irak und anderswo in Menschenrechtsverletzungen verwickelt waren, eine Kampfkandidatur. Wer sehen will, der sieht: Trump stolpert zwar durch unsere Zeitungen, aber die Trump-Revolution innerhalb der großen konservativen Regierungspartei der USA stolpert nicht. Sie marschiert.

Und Deutschland? Wirkt angesichts des heraufziehenden Sturms wie narkotisiert mit jenem Betäubungsmittel, das sich Parteipolitik nennt. Es geht im Berlin der Koalitionsspiele nicht um Krieg oder Frieden, sondern um eine Obergrenze ohne Grenze, um Richtwerte, die nichts richten und daher auch keine Wertigkeit besitzen. Die deutsche Debatte spiegelt nicht die Wirklichkeit, sondern die parteipolitischen Interessen wider. Eine Obergrenze für Weltabgewandtheit scheint es nicht zu geben.

Der amerikanische Sturmvogel, der vom heraufziehenden Unheil kündigt, bleibt so unbemerkt. In Sachen Trump gibt es jede Menge Polemik, aber keine ernst zu nehmende Politik. Aus Gründen der Bequemlichkeit hat man sich entschlossen, ihn zu unterschätzen. Wir haben Sorgen. Aber er hat einen Plan. Wir wollen Ruhe, er den Sieg. Im

Geschichtsbuch möchte er als der Mann auftauchen, der Amerikas Abstieg verhindert hat. Dafür braucht er die Hände der Footballspieler am Herzen und die der gewöhnlichen Amerikaner am Gewehr. All die Sorgen um die Brutalisierung der Gesellschaft bekümmern ihn nicht, sondern putschen ihn auf.

Sebastian Haffner beschreibt in seiner „Geschichte eines Deutschen“ die Atmosphäre der Vorkriegsjahre, die in ihrer vorsätzlichen Ahnungslosigkeit an die Gegenwart erinnert: „Alle waren rettungslos eingespannt in ihren Beruf und ihren Tagesplan, abhängig von tausend Unübersehbarkeiten, Glieder eines unkontrollierbaren Mechanismus, auf Schienen laufend gleichsam und hilflos. [...] Wir bewegten uns mit einer Sorglosigkeit, mit der die Menschen in einem modernen, käfiglosen Zoo zwischen den Raubtieren herumgehen, im Vertrauen darauf, dass die Gräben und Hecken alle richtig berechnet sind. [...] Nur in der täglichen Routine ist Sicherheit und Weiterbestehen – gleich daneben fängt der Dschungel an.“

Ich wünsche Ihnen einen nachdenklichen Start in den neuen Tag. Es begrüßt Sie herzlich aus Washington Ihr

Gabor Steingart

Herausgeber

Schlussbemerkung Albrecht Müller: An diesem Text des Handelsblatt-Herausgebers wird sichtbar, dass die Sorge um Krieg und Frieden nicht nur im linken Milieu um sich greift.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Dienstag den 10. Oktober 2017 um 11:35

in der Kategorie: Außen- und Sicherheitspolitik, USA.

Kommentare können über den Kommentar (RSS) Feed verfolgt werden.

Kommentare sind geschlossen aber Du kannst einen Trackback zu diesem Beitrag auf deiner Webseite erstellen.

Copyright

Die Scheindemokratie hat das erwartete Ergebnis geliefert.

Das zeigt den Realitätsverlust der Bevölkerung.

Dass nun eine rechtsradikale und eine marktradikale Partei den Neoliberalen Block noch stärken drückt aus wie erfolgreich die Manipulationen der Bevölkerung gelungen sind.

Die Zeiten werden schwieriger.

Für alle, die von dem Ergebnis enttäuscht sind und zu Depressionen neigen wird Meditation empfohlen.



<https://www.youtube.com/watch?v=ClyPKC0i9m8>

Wieder mal sind Wahlen zum Bundestag. Es geht für ca. 700 zukünftige Parlamentarier um die „Fleischtöpfe“. Etwa 500 Millionen Euro im Jahr betragen die Kosten für diese Gruppe der Staatsbediensteten, gewaltige Kosten für ein Parlament, das wie Marionetten an unsichtbaren Fäden hängt.

Die sogenannte „Repräsentante Demokratie“ ist eine Scheindemokratie, sie hält für die Bevölkerung den Schein einer Demokratie aufrecht.

Die Entscheidungen in der Politik werden bestimmt durch die Interessen der Wirtschaft. Der Neoliberalismus, als aktuelle Form des kapitalistischen Systems, hat den Staat zu einem komplexen Herrschaftsinstrument geformt. Der autoritäre Charakter wird durch den Schein der Demokratie verschleiert.

Die Bevölkerung wird mit ausgeklügelten Techniken manipuliert. Techniken, die dazu führen, dass die Wahlstimmen für Parteien abgegeben werden, die nicht ihr Interesse vertreten, Techniken, die den passenden Konsumenten für das kapitalistische System hervorbringen.

Anbei ein Text von Rainer Mausfeld zum Thema. Empfohlen werden auch die Videos von Mausfeld, die im Netz zu finden sind.



Die Wahrheit über die Demokratie

Prof. Rainer Mausfeld über das absehbare Ende der „Demokratie“. Exklusivabdruck aus dem Buch „Fassadendemokratie und Tiefer Staat“.

von Rainer Mausfeld

Parlamentswahlen spielen offenkundig in kapitalistischen Demokratien für alle grundlegenden politischen Entscheidungen keine Rolle mehr. Die großen politischen Entscheidungen werden zunehmend von Instanzen und Akteuren bestimmt, die nicht der Kontrolle der Wähler unterliegen. Während also die Hülse einer repräsentativen Demokratie weitgehend formal intakt erscheint, wurde sie ihres demokratischen Kerns nahezu vollständig beraubt. Demokratie birgt also für die eigentlichen Zentren der Macht keine Risiken mehr.

Redaktionelle Vorbemerkung: Dieser Artikel darf unter Wahrung der [Lizenzbedingungen](#) beliebig verbreitet und vervielfältigt werden. Die Quellenangaben finden Sie im Buch.

Diese Entwicklung war bereits in der Erfindung der repräsentativen Demokratie angelegt und wurde seitdem strukturell, prozedural und ideologisch konsequent und systematisch vorangetrieben. Sie findet in den vergangenen Jahrzehnten ihren Abschluss in der neoliberalen Extremform des Kapitalismus. Die hier entstandenen Organisationsformen eines autoritären Kapitalismus haben sich des Staates, der verbliebenen Hülsen einer repräsentativen Demokratie und aller relevanten Entscheidungsmechanismen des Gemeinwesens in totalitärer Weise bemächtigt. Da die relevanten politischen Entscheidungen nicht mehr durch demokratisch legitimierte Instanzen bestimmt werden, sondern durch öffentlich nicht sichtbare Akteure, werden die mit einer solchen Herrschaftsform verbundenen Phänomene gelegentlich als „Tiefer Staat“ bezeichnet. Eine solche Bezeichnung ist deskriptiv-phänomenologisch verständlich; sie birgt jedoch die Gefahr, ein tiefer gehendes Verständnis der Natur dieser neuartigen Organisationsformen der Macht zu verstellen und somit die Entwicklung geeigneter Formen eines politischen Widerstandes zu blockieren.

Demokratie ohne Demokratie

Die Idee der Demokratie hat eine recht eigenartige Geschichte. Zweimal, d.h. im Athen der Antike und in der Zeit der Aufklärung, entfaltete und materialisierte sie sich kurzzeitig als historisch singuläre Erscheinung inmitten einer Kontinuität oligarchischer und autoritärer Herrschaftsformen und der maßlosen Verachtung, die die jeweiligen „Eliten“ gegen das „gemeine Volk“ und die „Massen“ hegten. Ihren Überzeugungen nach sei das „Volk“ überwiegend unfähig, sich am Gemeinwohl zu orientieren. Danach führe die Demokratie nahezu zwangsläufig zu einer „Pöbelherrschaft“, was insbesondere daran erkennbar sei, dass die Mehrzahl der Nichtbesitzenden die Eigentumsverteilungen zu ihren Gunsten zu korrigieren suche. Die Herrschaftsform einer Demokratie sei also schon ihrem Wesen nach nicht geeignet, eine dem Gemeinwohl dienende gesellschaftliche Ordnung zu garantieren. Die Stabilität der herrschenden Eigentumsordnung sei umso gefährdeter, je mehr eine Demokratie die Form einer wirklichen, also partizipatorischen Demokratie annehme.

Zu den Kernelementen einer wirklichen Demokratie gehört, dass „das Volk“ souverän im Sinne der „gesellschaftlichen Kompetenz der Selbstgesetzgebung“ ist und alle Staatsapparate dem demokratischen Gesetz untergeordnet sind. Die athenische Demokratie, in der „die Regierung im ganz buchstäblichen Sinn eine „Regierung durch das Volk“ war, war durch eine Herrschaft des Gesetzes und eine Teilhabe am Entscheidungsprozess gekennzeichnet. Jedoch fehlte eine rechtliche Sicherung der Eigentumsordnung, wie sie kennzeichnend für „liberale“ Demokratiekonzeptionen ist. Erst mit der Konzeption der „liberalen Demokratie“ wurden die Begriffe Freiheit und Eigentum aneinander gebunden. Partizipatorische Demokratiekonzeptionen, die die Grundgedanken der athenischen Demokratie weiterzuentwickeln suchten, wurden und werden daher von der Antike bis heute von den Besitzenden und von allen, die in der jeweiligen Gesellschaft einen höheren Status innehaben, ebenso bekämpft wie von der Mehrzahl der führenden Intellektuellen. Die Sozialgeschichte ebenso wie die politische Ideengeschichte ist seit ihren Anfängen durchzogen von einer tiefen Demokratiefeindlichkeit. Erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts trat ein Wandel ein, in dessen Gefolge „Demokratie“ heute in der westlichen Welt als einzig legitimierte Herrschaftsform gilt.

Dieser Wandel ist erstaunlich und erklärungsbedürftig. Der wesentliche Grund liegt darin – wie in einer Vielzahl von sozialhistorischen und ideengeschichtlichen Studien aufgezeigt wurde –, dass man Wege fand, die Faszination, die die Idee der Demokratie für das Volk entfaltete, für Zwecke der politischen Machtausübung zu nutzen. Dazu war es nötig, die Demokratie für die jeweiligen Machteliten „risikofrei“ zu gestalten. Alex Carey zeigt in seinem Klassiker „Taking the Risk out of Democracy“ entlang historischer Linien auf, wie sich dies mit wesentlicher Mithilfe der Sozialwissenschaften und der Psychologie bewerkstelligen ließ. Nur unter der Voraussetzung, dass auch in einer Demokratie der Status herrschender Eliten nicht gefährdet wird, konnte Demokratie zu einer auch von den jeweiligen Zentren der Macht anerkannten Herrschaftsform werden. In einer geeignet konzipierten „Demokratie ohne Demokratie“ sollte also die Kontrolle über alle relevanten Entscheidungsprozesse weiterhin bei den jeweiligen Machteliten verbleiben. Dazu war es erforderlich, die Demokratie in geeigneter Weise umzudefinieren und zudem strukturell, prozedural und ideologisch so abzusichern, dass die Eigentumsordnung nicht gefährdet werden konnte.

Repräsentative Demokratie als Elitendemokratie

Der wesentliche Schritt zu dieser Bedeutungsverschiebung wurde mit der Erfindung des Modells einer „repräsentativen Demokratie“ geleistet. Die Gründerväter der amerikanischen Verfassung entwickelten mit diesem Konzept einen Demokratiebegriff, der seiner Natur nach das Modell einer wirklichen, also partizipatorischen Demokratie ausschloss. Für diese Form einer durch freie Wahlen legitimierten Oligarchie wurde die Bezeichnung Demokratie beibehalten, um das Bedürfnis des Volkes nach einer Volksherrschaft zu befriedigen — und zwar durch die Illusion einer Demokratie. Die dabei zugrunde gelegte Form von Repräsentation wurde „als ein Mittel verstanden, um das Volk von der Politik fernzuhalten“ und „eine besitzende Oligarchie mit der Unterstützung der Masse der Bevölkerung über Wahlen an der Macht zu halten.“ Die repräsentative Demokratie wurde zu dem ausdrücklichen Zweck erfunden, dem Volk die Befähigung zu einer Selbstgesetzgebung ebenso abzusprechen wie überhaupt das Recht, ein eigenständiger politischer Akteur zu sein.

„Es ist wichtig, zu erkennen, dass der moderne Staat gewissenhaft und absichtsvoll zu dem ausdrücklichen Zweck konstruiert wurde, jeder gegebenen Bevölkerung, jedem Volk, die geistige Fähigkeit oder das Recht abzusprechen, für sich gemeinsam zu handeln, entweder unabhängig vom oder gegen ihren Souverän. [...] Die Idee des modernen Staates wurde genau deshalb erfunden, um die mögliche Geschlossenheit demokratischer Ansprüche oder sogar auch nur echter politischer Aktion zurückzuweisen [...] Die repräsentative Demokratie ist die für den modernen Staat gemachte Demokratie.“

Die repräsentative Demokratie hat also bereits den Intentionen ihrer Erfinder nach einen verdeckt autoritären Charakter. Begleitet wurde ihre Erfindung von einer zunehmend verfeinerten ideologischen Rhetorik, der zufolge sie die einzige Demokratieform sei, die dem modernen Staat und seinen Komplexitäten angemessen, also alternativlos sei. Diese Indoktrination war ausgesprochen erfolgreich: „Wir haben uns an die Formel der repräsentativen Demokratie so gewöhnt, dass wir zumeist vergessen, dass diese US-amerikanische Idee ein Novum war. In ihrer föderalistischen Ausformung bedeutete sie jedenfalls, dass das, was bis dahin als Antithese zur demokratischen Selbstbestimmung begriffen wurde, nun nicht nur vereinbar mit, sondern konstituierend für die Demokratie war: nicht die Ausübung der politischen Macht, sondern der Verzicht auf sie, ihre Übertragung auf andere, d. h. die Entfremdung von ihr.“

Die Konzeption einer repräsentativen Demokratie wurde also erfunden, um die Verwirklichung ernsthafter, partizipatorischer Formen von Demokratie zu blockieren. In den Worten der wohl bedeutendsten Repräsentationstheoretikerin, liest sich das folgendermaßen:

„Die Repräsentation, zumindest als politische Idee und Praxis, kam nur in der frühen modernen Periode auf und hatte nicht das geringste mit Demokratie zu tun.“

Der eigentlich autoritäre Charakter der repräsentativen Demokratie wird klar erkennbar in den Gründungsdokumenten der Federalisten. So machte James Madison (1751-1836) explizit deutlich, dass es im Rahmen einer dem Gemeinwohl dienenden Politik vorrangig um den Schutz der Eigentumsordnung geht und dass bei der Wahl der politischen Repräsentanten der Meinung der Bürger kein besonderes Gewicht

zukommen könne. Die Eliten wüssten besser, was für das Volk gut sei, als das Volk selbst.

„Die öffentliche Meinung, die von den Vertretern des Volkes ausgesprochen wird, steht mit dem Gemeinwohl mehr im Einklang als die Meinung des Volkes selbst.“

Bei den im Wettstreit von Interessengruppen getroffenen politischen Entscheidungen müsse, so Madison, sichergestellt sein, dass die Gruppen der Erfolgreichen und Besitzenden einen größeren Einfluss auf die Gestaltung des Gemeinwesens und auch der öffentlichen Meinung haben als die Gruppen der Nichtbesitzenden. Mit dem Mechanismus der parlamentarischen Repräsentation lässt sich dies bewerkstelligen, da zwar die parlamentarischen „Volksvertreter“ abgewählt werden können, jedoch nur durch andere Mitglieder aus dem Spektrum vorgegebener Elitegruppierungen ersetzt werden können. Diese Form einer repräsentativen Demokratie hat gegenüber offen autoritären Herrschaftsformen, wie etwa dem Feudalismus, den Vorteil, dass sich ein Veränderungswille der Bevölkerung nicht gegen die eigentlichen Zentren der Macht richten kann, sondern nur gegen ihre vordergründigen Erscheinungsformen, die parlamentarischen Repräsentanten und Regierungen. Hier ist also bereits im Kern ein Auseinanderfallen der vorgeblichen und der eigentlichen Zentren der Macht angelegt: die öffentlich sichtbaren demokratisch legitimierten staatlichen Apparate einerseits und die alle grundlegenden Entscheidungen bestimmenden praktisch nicht abwählbaren Elitegruppierungen andererseits.

Autoritäre Elemente in der kapitalistischen Demokratie

Diese Entwicklung einer „Demokratie ohne Demokratie“ setzte sich im 20. Jahrhundert so fort, dass sie den sich ausdifferenzierenden Erfordernissen und Ansprüchen einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung genügte. Die bereits etablierten Formen der repräsentativen Demokratie hatten sich aus Sicht der Machteliten bewährt, bedurften jedoch angemessener Anpassungen, weil sich neue soziale Konfliktgruppierungen etablierten und der Demokratiedanke in der Bevölkerung immer wieder eine eigenständige Kraft entfaltete.

Die wesentlichen neuen Entwicklungen lagen im Bereich dessen, was zunächst als Propaganda später dann als „public relation“ bezeichnet wurde. Zudem wurde die ideologische Rechtfertigung für die gewünschte Form der kapitalistischen Demokratie bzw. der Elitendemokratie weiter ausgearbeitet und über Medien und Erziehungswesen kulturell verankert. Besonders einflussreich waren dabei die Beiträge von Walter Lippmann, der in seinem Klassiker Public Opinion von 1922 die ideologischen Grundlagen einer verdeckt autoritären Elitendemokratie weiter ausarbeitete, wie sie dann von vielen Intellektuellen weitergeführt und zum Standardmodell einer kapitalistischen Demokratie wurde. In diesem Standardmodell wird den Bürgern die Rolle des politischen Konsumenten zugewiesen. Der „mündige Bürger“ gehört dabei ebenso zur bloßen ideologischen Rechtfertigungsrhetorik wie der „rationale Konsument“ in der Ökonomie: Beide sind tatsächlich gerade nicht erwünscht, sondern Bürger wie Konsumenten sind in ihren Einstellungen, Meinungen und Präferenzen so zu formen, dass diese mit den Interessen der jeweiligen Eliten kompatibel sind. Daher entwickelten sich politische Propaganda und Techniken des

Meinungsmanagements Hand in Hand mit Techniken, Konsumenten hervorzubringen und zu formen.

Über diese Techniken der Meinungsmanipulation hinaus wurden weitere Mechanismen geschaffen und vorhandene verstärkt, um wirtschaftlichen Interessengruppen mehr Einfluss auf staatliche Institutionen und das Parteienwesen zu ermöglichen. Das gelang mit beträchtlichem Erfolg, da sich die repräsentative Demokratie als besonders geeignet für die Einführung verdeckt autoritärer Einflussmechanismen erwies. Schon 1912 hatte Theodore Roosevelt festgestellt: „Hinter dem, was wir für die Regierung halten, thront im Verborgenen eine Regierung ohne jede Bindung an und ohne jede Verantwortung für das Volk. Die Vernichtung dieser unsichtbaren Regierung und Zerschlagung der unheiligen Allianz von korrupter Wirtschaft und korrupter Politik ist die entscheidende politische Herausforderung dieser Zeit.“

Edward Bernays sprach 1928 in seinem Klassiker Propaganda ganz selbstverständlich von einem „invisible government“ als der „true ruling power of our country“. In der Nachkriegszeit schienen Kapitalismus und repräsentative Demokratie vordergründig eine weniger autoritäre Allianz eingegangen zu sein.

Die repräsentative Demokratie erwies sich für den Kapitalismus als ein besonders effektives Mittel zur sozialen Pazifizierung:

Sie ließ scheinbar einen Klassenkompromiss zu, der im Austausch gegen sozialstaatliche Verbesserungen „die Hinnahme kapitalistischer Produktionsverhältnisse durch die nichtkapitalistische Mehrheit der Bevölkerung ermöglichen sollte.“ Durch einen solchen Klassenkompromiss konnte die repräsentative Demokratie zu einer gewaltigen kapitalistischen Produktivkraft werden. Dadurch verwandelte sich der Kapitalismus für drei Jahrzehnte „unter dem Einfluss demokratischer Politik und gewerkschaftlicher Organisation [...] aus einem gesellschaftlichen Klassenverhältnis in eine staatlich administrierte Prosperitätsmaschine.“ Der Kapitalismus freundete sich eine Zeitlang mit der repräsentativen Demokratie an, weil es gelang, die von den „Volksparteien“ vertretenen Positionen strikt innerhalb des Spektrums der Interessenunterschiede der Machteliten zu halten. Dadurch können die Volksparteien befriedend wirken, weil sie die Illusion einer demokratischen Kontrolle aufrechterhalten und zugleich die Stabilität der herrschenden Ordnung gewährleisten.

Vordergründig lockerten sich also autoritäre Zugriffe des Kapitalismus auf die Demokratie. Unter dieser Oberfläche entwickelten sich jedoch vielfältige autoritäre Strukturen und Mechanismen, die bei passenden historischen Konstellationen genutzt werden konnten, um ernsthaft demokratische Entwicklungen zu blockieren.

Über soziale Gerechtigkeit wird vor der Bundestagswahl wieder viel geredet. Meistens steckt nichts dahinter, weil das neoliberale System den Abbau von sozialen Leistungen fordert.

Im folgenden Video erklärt Gysi StudentInnen den Kapitalismus und den demokratischen Sozialismus und bezieht sich auf Marx, Brecht, Kant u. a.:



<https://www.youtube.com/watch?v=1hEz6RljZlw#t=5.779395>

Die rechten neofaschistischen Kräfte gewinnen überall auf der Welt an Einfluss. Das weltweite agierende kapitalistische System setzt in der Krise auf reaktionäre und rassistische Kräfte, um eine Entwicklung hin zum demokratischen Sozialismus zu verhindern. Dazu setzt es auf Einflussnahme durch Stiftungen und Think Tanks, die mit massiven Finanzmitteln ausgestattet sind. Sie schrecken auch vor Gewalt nicht zurück. Deutlich zu beobachten ist diese Entwicklung zurzeit in Lateinamerika. Folgendes Video gibt einen Einblick in die Kämpfe in Venezuela. Der dann folgende Text zeigt die Rolle von neoliberalen Think Tanks bei den aktuellen Umwälzungen in Lateinamerika, deren sehr gute Vernetzung und Finanzierung durch die USA.



https://www.youtube.com/watch?time_continue=1116&v=ivB7YIDEdqY

NachDenkseiten – Die kritische Website
Atlas Network, die Internationale des neoliberalen hate
speech und des Putsch-Kapitalismus

Jens Berger · Dienstag den 29. August 2017

Teil 1: Wie US-amerikanische think-tanks und Rechtsextreme die lateinamerikanische
Politik umbauen

Vor etwas mehr als einem Jahr debütierte ich in den Nachdenkseiten mit einer Chronik über die gespenstischen Zustände in Brasilien, die seit 2014 mit Anpöbelei, Denunziantentum und Bullying auf der Straße, in Restaurants, auf Flügen, der bedrohlichen Umstellung von Wohnungen und der Gewaltanwendung faschistischer Gruppen das alltägliche Leben der Mehrheit der Brasilianer zur Hölle machen und die historische Legende vom brasilianischen „Homo Cordialis“ zerstört hatten. Mit dem Sinngelalt des „liebenswertem Menschen“ hatte der renommierte brasilianische Historiker, Essayist und Literaturkritiker, Sérgio Buarque de Hollanda (1902 — 1982) – Vater des weltweit renommierten Liedermachers und Schriftstellers Chico Buarque de Hollanda – einst den Brasilianern die Aura der höflichen, freundlichen, zuvorkommenden, ja liebenswürdigsten und mit Abstand der gastfreundlichsten Menschentypen auf Erden angedichtet. Doch das Ende des Mythos kann datiert werden, er fand am 12. Juni 2014, beim Auftakt der Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien, vor den Augen der Welt seinen offiziellen Tod. Von Frederico Füllgraf. „Dilma, leck mich am A..!“, schmetterten damals Sprechchöre der brasilianischen Präsidentin während der Einweihung des neuen Stadions Itaquero in São Paulo entgegen und begruben skrupellos die Regeln des Anstands. FIFA-Chef Joseph Blatter

blickte konsterniert auf die gedemütigte Staatschefin, die sich jedoch nicht aus der Fassung bringen ließ.

Internationale Medien sprachen von einem Skandal, in der einheimischen Presse hingegen gab es nur schale, halbherzige Kritik. Oder noch bedenklicher: Am gleichen Tag versuchten brasilianische Medien den Zwischenfall mit der Behauptung umzudeuten, das „einfache Volk“ habe sich Luft gemacht. Stimmt nicht. Videoaufnahmen und Fotos bezeugten allerdings, dass die aggressiven Chöre von

Scharen gelbgekleideter, gutverdienender Brasilianer der Mittel- und Oberschicht angeführt wurden, die sich die teuren Platzkarten geleistet hatten.

Monate vor der Fußball-WM war Rousseff bereits in den sozialen Netzwerken in übelstem, misogynem Jargon von „Trampeltier“ bis „Nutte!“ beschimpft und verunglimpft worden und zwar mit auffälliger Beteiligung von Polizisten, Staatsanwälten und Richtern. Im Mai 2014 hatte bereits Danilo Mascarenhas Balas, Beamter der Bundespolizei „Policia Federal“, auf Facebook eine von 9mm-Patronen durchlöchernde Zielscheibe eines Schießstands mit dem Konterfei der Präsidentin und dem zynischen Satz veröffentlicht: „So macht die Übung Spaß – lol“. Streng nach geltendem Kriminalrecht genommen war dies ein einwandfreier Aufruf zu einem Attentat, doch der Mächtegern-Attentäter kam mit duldsamen vier Tagen Dienstsuspendierung davon.

Die Verleumdung der Staatschefin und ihres Vorgängers Luis Inácio Lula da Silva griff rasch auf die gesamte, regierende Arbeiterpartei über. Während der Wahlkampagne 2014 zur Präsidentschaft und Erneuerung des Parlaments brachte der rechtsradikale Journalist Reinaldo Azevedo den Kriminalisierungsversuch der Partei in Umlauf, deren

Kürzel PT er mit „canalha“ (Kanaille) kombinierte. Das Schimpfwort „PTralha“ verbreitete sich blitzartig bis ins tiefste Hinterland.

„Linke Verbrecher!“, „Staatsplünderer!“, skandierten Trolls in den digitalen Netzwerken und selbsternannte „Kolumnisten“ in rechten Medien, denen bald das Echo auf offener Straße folgte – es war die Geburtsstunde der massiven Aufmärsche gegen Dilma Rousseff. Auf den ersten Blick protestierten da brave Bürger „gegen die Korruption!“, doch sehr bald schwieg die Anklage gegen Filz und Bestechung und es hieß immer lauter „Dilma raus, Tod der PT!“.

Trotz des konservativen Ansturms wurde die Regierungschefin der PT jedoch im November 2014 wiedergewählt. Indes bedeutete die Wahl auch die fortschrittsfeindlichste Zusammensetzung in der Geschichte des brasilianischen Parlaments, das seit 2015 von einem quer durch die konservativen Parteien reichenden, demokratiefeindlichen Stoßtrupp dominiert wird.

Der von der PT-Abgeordneten Erika Kokay als „Bibel-, Rinder- und Ballermann-Fraktion“ getaufte Block setzt sich zusammen aus stockkonservativen Evangelikalen,

Großgrundbesitzern, ehemaligen Polizisten und Predigern des autoritären Staates und zählt mindestens 40 Prozent der 513 Parlamentarier. Der lautstarke Block war jedoch seit Anfang 2015 in der Lage, mit ad-hoc-Mehrheiten der Präsidentin das Regieren unmöglich, insbesondere mit einer haarsträubenden rückwärtsgewandten Agenda ihre Politik zur Förderung der Menschenrechte zunichte zu machen, wozu die Widerrufung des Verbots privaten Waffenbesitzes, ein erzreaktionäres, sogenanntes „Familienschutzgesetz“, die Herabsetzung des straffähigen Alters auf 16 Jahre und die

Erklärung der Abtreibung zum „schändlichen Verbrechen“ gehören.

Mit dem seit Ende 2016 wegen schwerer Korruption hinter Gittern sitzenden, ehemaligen Abgeordneten-kammer-Präsidenten, Eduardo Cunha, als Führer gelang der „Bibel-, Rinder- und Ballermann-Fraktion“ schließlich mit einem parlamentarischen Putsch im April 2016 Rousseff aus dem Amt zu jagen und die korrupteste, wirtschaftsliberalste Regierung aller Zeiten in den Sattel zu hieven.

Feierliche Putsch-Bilanz

Seit Jahren spekuliert deshalb die demokratische Öffentlichkeit, ob etwa ein beachtlicher Teil der mittleren und oberen Gesellschaftsklasse seine faschistische Veranlagung stets „im Kleiderschrank versteckte“ und mit dem Sturz von Präsidentin Rousseff nun „seine wahre Fratze“ zeige. Vor allem in südbrasilianischen Landesteilen, mit hoher europäischer Einwanderungsquote, wird diese Annahme punktuell bestätigt, hatte doch schon 2006 der deutschstämmige, südbrasilianische Rechtsaußen-Senator Jorge Konder Bornhausen vor einer Wiederwahl Lulas mit selten

gehörtem Hass gewarnt: „Wir werden dieser Rasse ein Ende setzen! Für mindestens 30 Jahre werden wir uns von dieser Rasse befreien!“ („Lula ressuscita em Santa Catarina rixa histórica entre PT e DEM“ – Diário Catarinense, 15.09. 2010).

Anderthalb Jahre nach Rousseffs Amtsenthebung erfährt die Öffentlichkeit nun, dass die ideologische Brunnenvergiftung zwar auf fruchtbarem Boden gedieh, jedoch keine hausgemachte Stimmung war. Mit dem Titel „Einflusssphären – Wie amerikanische Libertäre die lateinamerikanische Politik neu drehen“ heftete sich der Reporter Lee Fang von der investigativen Digitalzeitschrift The Intercept des US-Amerikaners

Glenn Greenwald an die Fersen Alejandro Chafuens, eines in die USA eingebürgerten Argentiniers und Erbe der Atlas Economic Research Foundation, kurz Atlas Network genannt.

Anlass war das für Anfang Mai 2017 von Atlas und der argentinischen Fundación Libertad einberufene, sogenannte „Lateinamerikanische Freiheits-Forum“ im Nobelhotel Brick von Buenos Aires, bei dem sich die crème de la crème der lateinamerikanischen Rechtsaußen und Marktvergötterter zusammenfand. Zum feierlichen Dekor mit böhmischem Kristall und Silberbesteck fehlte auch nicht der Nobelpreisträger Mario Vargas Llosa, über dessen seelische Mutationen die Nachdenkseiten bereits im März 2017 berichteten.

Im Brick-Hotel zelebrierte Chafuen die „jüngsten Siege“ des Stiftungs-Netzwerks, dem weltweit nach eigenen Angaben 462 „libertär“-neoliberale Stiftungen und NGOs angehören, die 2016 mit 5,3 Millionen Dollar gefördert worden seien. Der offiziell verbreiteten Zahl muss misstraut werden, die tatsächlichen Mittel werden von Atlas und dem US-amerikanischen Donors Trust geheim gehalten.

In Buenos Aires zog Chafuen Kampfbilanz. Seine mehr als zwanzigjährigen Bemühungen hätten endlich gefruchtet. Und das erklärte der amerikanisierte Argentinier so: In den vergangenen 10 Jahren hätten die linken Regierungen Lateinamerikas „Geld ent- und verwendet, um Stimmen zu kaufen“. Doch der jüngste Verfall der Rohstoffpreise, gepaart mit Korruptionsskandalen, hätte Möglichkeiten geboten für das Eingreifen von Aktivisten des Atlas-Netzwerks. „Ein Handlungsfenster – eine Krise – bot sich an, mit der Forderung nach Veränderung, und wir hatten Leute ausgebildet, um eine bestimmte Politik durchzusetzen“, brüskierte sich der Atlas-Chef und bediente das Auditorium mit einem beliebten und mehrdeutigen Satz des verstorbenen Wirtschaftswissenschaftlers Milton Friedmann, eine der historischen Atlas-Ikonen: „In unserem Fall bevorzugen wir private Lösungen für öffentliche Probleme“.

Doch hier eine sachdienliche Parenthese. Chafuens „Libertäre“ unterscheiden sich von klassischen Liberalen u.a. mit ihrer Kritik am liberalen Minimalstaat, der ihnen immer noch zu groß ist. Auch minimale staatliche Zugeständnisse, mit der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungssystem und

der Anerkennung des Arbeitsrechts, lehnen sie radikal ab. Einzelne Positionen der „Libertären“ – etwa die Verwerfung von Menschenrechten und demokratischer Institutionen – lassen zweifellos ungeschminkte, totalitäre Machtansprüche der Strömung erkennen.

Dann nennt Chafuen einige seiner neuen Lieblinge, die beachtliche Publizität erheischt hätten. Dies seien die Minister der konservativen Regierung Mauricio Macris, einzelne bolivianische Senatoren und Führer der Bewegung Freies Brasilien (MBL), die maßgeblich am Sturz von Präsidentin Dilma Rousseff beteiligt gewesen seien... „Ich war bei den Demonstrationen in Brasilien dabei und dachte, ‚Wow, der Typ war ungefähr 17, als ich ihn zum ersten Mal traf, und jetzt führt er den Lautsprecherwagen an – Amazing!“, sozialisiert der aufgeregte Rädelsführer. Der es als Ausländer wagte, sich auch öffentlich in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes einzumischen, als er 2015 im südlichen Porto Alegre ungeniert im gelben T-Shirt (siehe Foto – Chafuen links im Bild) und im Chor mit einheimischen Rechtsradikalen „Dilma raus!“ krakeelte.

Mit dem 17-jährigen Typen meinte Chafuen den von japanischen Einwanderern abstammenden Anführer der MBL, Kim Kataguri, über den die Nachdenkseiten Ende 2016 berichteten und der auf einem Gruppenbild vom 27. Mai 2015 neben Kammerpräsident Eduardo Cunha zu sehen ist, dem er gerade den MBL-Antrag für die Amtsenthebung Rousseffs ausgehändigt hatte. Als schelmische Ironie dieses Fotos darf das Transparent über den Köpfen – „Ein Brasilien frei von Korruption“ – bewertet werden, das Cunha anderthalb Jahre später mit seiner Amtsenthebung und Verhaftung wie ein Bumerang heimsuchte und die Atlas-geförderte MBL als verlogenen Verein entlarvte: niemals ging es den rechtsradikalen „Libertären“ um Korruptionsbekämpfung, sondern von Anbeginn um regime change.

Neoliberale Kampf-Stiftung im Dienst der US-Außenpolitik

Atlas wurde 1981 von einem dilettantischen, in die USA ausgewanderten, britischen Unternehmer namens Anthony Fisher gegründet. Nach missglückten Hühner- und Schildkröten-Massenhaltungsversuchen in England ließ sich der frustrierte Geschäftsmann und resignierte Gegner der Nachkriegs-Verstaatlichungspolitik der

Labour-Party im westamerikanischen San Francisco nieder und gründete dort zunächst das Institut for Economic Affairs (IEA) und 1971 das International Institute for Economic Research, aus dem 1981 das Atlas Network hervorging, das 1984 bereits 18 Think Tanks in 11 Ländern bediente.

Grundlagen und Anraten für Fishers Stiftungs-Idee stammten von Friedrich Hayek, dem Gottvater der sogenannten „österreichischen Schule“ der Neoliberalen. Als Fisher 1946 Hayeks doktrinäres Gründungswerk „Der Weg zur Knechtschaft“ gelesen hatte, nahm er Kontakt zu dem österreichischen Ökonomen in London auf und schlug Hayek vor, in die Politik einzutreten. Doch dieser weigerte sich und sagte, dass ein von-unten-nach-oben-Ansatz für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung und eine „Reform der Gesellschaft“ vielversprechender sei. Damit war die Idee der think tanks geboren.

Das IEA schloss einen Kreislauf. Hayek hatte inzwischen mit einer Gruppe kämpferischer Ökonomen für den freien Markt die Mont Pèlerin Society gegründet. Zu ihren Mitgliedern zählte Ed Feulner, Gründer der konservativen Washingtoner Heritage Foundation, und Ed Crane, Begründer des Cato Institute, einer der einflussreichsten libertären think tanks der USA, mit Ablegern in den wichtigsten lateinamerikanischen Metropolen.

Die Strategie schien simpel: „Die Welt mit think tanks auffüllen und den freien Markt verteidigen.“ Das gefiel Konzernen wie Pfizer, Procter & Gamble, Shell und Philip Morris, die mit der Barclays Bank und British Petroleum zu den Pionier-Spendern gehören, doch im Laufe der Jahre von zeitgenössischen Gebern wie ExxonMobil, MasterCard, dem Investor John Templeton, den militanten neoliberalen Milliardären Charles und David Koch und von Google abgelöst wurden.

Die einst von Fisher stammende und von Chafuen wiederholte Versicherung, Atlas nehme kein Geld der US-Regierung an, ist eine dreiste Lüge. In einem Brief der US International Communications Agency von 1982 soll nach Auskunft Lee Fangs ein Beamter als Reaktion auf einen Finanzierungsantrag Fishers geantwortet haben, er könne kein Geld „direkt an ausländische Organisationen vergeben“, doch sei es möglich, „Konferenzen oder Austausch-Veranstaltungen“ von Gruppen wie Atlas zu

fördern und er schlug vor, Fisher solle ein Projekt einreichen. „Der Brief, der ein Jahr nach der Atlas-Gründung geschrieben wurde, war der erste Hinweis darauf, dass das Netzwerk als geheimer Partner der US-Außenpolitik agieren würde“, schreibt Fang und fügt aktualisierend hinzu: „Das libertäre Netzwerk, das in vielen Ländern die politische Macht verändern konnte, ist auch eine verschleierte Erweiterung der USAußenpolitik.“

Die mit Atlas verbundenen think tanks werden vom State Department und der Nationalen Stiftung für Demokratie (NED) – einer Schlüsselorganisation des amerikanischen soft power – diskret finanziert.“

Von langer Hand gesteuerter Hass

Im Laufe der Jahre hat das Atlas Network Dutzende von Think Tanks in Lateinamerika herangezüchtet, darunter militante Gruppen der Opposition in Venezuela. CEDICE Libertad, die wichtigste Atlas-assoziierte Organisation in Caracas, erhielt bereits 1998 finanzielle Unterstützung vom Center for International Private Enterprise (CIPE), die in einem NED-Förderschreiben als Hilfe für den „Regierungswechsel“ bezeichnet wurde. CEDICE-Geschäftsführer, zu denen heute die ultrakonservative Abgeordnete Corina Machado gehört, unterschrieben 2002 einen Aufruf zum gescheiterten Militärputsch gegen Hugo Chávez.

Wenige Jahre später trat Atlas Network als Wahlhelfer des chilenischen Milliardärs Sebastián Piñera als Mitte-Rechts-Kandidat der Präsidentschaftswahlen von 2010 auf und leitete 2015 die libertäre Offensive in Argentinien mit dem think tank Fundación Pensar ein, die entscheidend am Wahlsieg Mauricio Macris beteiligt war.

Doch das „Meisterwerk“ von Atlas sei der Putsch gegen Dilma Rousseff in Brasilien, kommentiert Fang in The Intercept. Kaum ein anderes Land habe die Atlas-Strategie so gut begriffen und ausgelegt wie die neugegründeten Stiftungen und NGOs der „freien Marktdenker“ in Brasilien. Die Strategie lasse sich als ständiger Krieg gegen linke Ideen in den brasilianischen Medien definieren. Die MBL sei in der Lage gewesen, soziale Netzwerke auf effiziente Weise zu nutzen, um den Großteil der Revolte gegen Dilma umzulenken, ihre Entfernung von der Macht und das Ende der Sozialprogramme der Arbeiterpartei zu fordern.

Hélio Beltrão, ein ehemaliger Broker für Hochrisiko-Investmentfonds, der den nach dem austro-amerikanischen neoliberalen Ökonomen Ludwig von Mises benannten,

brasilianischen think tank Instituto Von Mises leitet, bestätigte, dass dank der Unterstützung von Atlas-Network etwa 30 neoliberale Kampf-Institute im Lande aktiv sind. In diesem Kampf gehe es zu wie beim Fußball: die Universitäten bilden die Verteidigung und der Angriff sei Sache von Politikern und Aktivisten. Im sogenannten Mittelfeld werde eine Art „Kulturkampf“ gegen Ideen der Linken und den Sozialstaat ausgetragen, doch das entscheidende „Tor“ sei die Amtsenthebung Dilma Rousseffs gewesen.

Zu den von Beltrão nicht zugegebenen Angriffs-Anläufen gehörte die systematische Beschimpfung und Verleumdung der Präsidentin, ihrer Partei und der brasilianischen Linken insgesamt.

Damit sich die deutschen Leserinnen und Leser eine Vorstellung von der Wirksamkeit dieses Polit- und Kulturkampfes der Atlas-Think-Tanks in Brasilien machen können, tippte ich ihre lautstärksten Parolen ein und erhielt mit der Anzahl der im Internet für jedes Reizwort verfügbaren Videos, folgende Google-Statistik: „Dilma Trampeltier“ (7.030), „Luladrão-Lula-Dieb“ (28.200), „PT partido corrupto e ladrão – PT korrupte Gaunerpartei“ (18.800) und „Dilma raus!“ (344.000!).

Rodrigo Constantino, ein Mitbegründer des Atlas-think-tanks Instituto Millenium, der sich inzwischen mit dem Astrologen und rechtsradikalen Hassprediger Olavo de Carvalho in die USA abgesetzt hat, ging so weit, in jedem Winkelzug der brasilianischen Linken – von der Farbe Rot im Logo der Fußball-WM bis zum Sozialprogramm Bolsa Familia (Familien-Stipendium) – „verschleierte Versuche der Linken zur Untergrabung der Demokratie“ zu sehen. Bekannt als „brasilianischer Breitbart“, in Anlehnung an das von Steve Bannon gegründete rechtsradikale USJournal

„Breitbart“, versorgte Constantino drei Jahre lang konservative Medien mit faschistoiden Verschwörungstheorien. In einem selbst von der konservativen Kritik verrissenen Buch mit dem Titel „Die Kaviar-Linke“ greift der gescheiterte Wirtschaftswissenschaftler hunderttausende Sympathisanten der Arbeiterpartei – insbesondere eine Schar linker Intellektueller – mit der Beschuldigung an, nichts anderes zu sein als „scheinheilige Reiche, die den Sozialismus predigen, um sich moralisch überlegen zu fühlen.“ Die „Breitbartisierung“ des Diskurses, so The Intercept, sei aber nur eine der subtilen Facetten, womit Atlas Network die politische

Auseinandersetzung führe.

Fernando Schüler vom Atlas-geförderten think tank Instituto Millenium, ein eingefleischter Gewerkschaftsfeind, brachte den Kampferfolg auf den entscheidenden Punkt: „Mit der Technologie – sprich WhatsApp, Facebook und YouTube – können die Menschen direkt aktiv werden und Proteste gegen linke Politiker zu niedrigen Kosten organisieren... Die einzige, effektive Methode, die Gesellschaft auf radikale Weise zu reformieren und die bisherige Unterstützung des Volkes für den Sozialstaat zu liquidieren, ist ein permanenter Kulturkrieg gegen linke Intellektuelle und Medien“. Das hörte Anthony Fishers Erbe, Alejandro Chafuen, gern. Das wäre noch längst nicht alles, sagt er im Kurzinterview. Mehr think tanks, neue Versuche, linke Regierungen zu stürzen, stünden auf der Tagesordnung. Und etwas ganz Neues: mehr Atlas-Vertreter in höchsten Regierungsämtern rund um die Welt. „Stets kontinuierliche Arbeit“, sagt schmunzelnd der Berufs-Putschist und geht auf ein Glas Sekt zur Hotelbar.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Dienstag den 29. August 2017 um 09:01 in der Kategorie: Länderberichte, Lobbyorganisationen und interessengebundene Wissenschaft, Strategien der Meinungsmache.

Kommentare können über den Kommentar (RSS) Feed verfolgt werden. Kommentare sind geschlossen aber Du kannst einen Trackback zu diesem Beitrag auf deiner Webseite erstellen.

Copyright © 2017 NachDenkSeiten - Die kritische Website